



Bundestagswahl 2009

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

der Wahlkampf geht nun auf die Zielgerade. Die SPD sucht die politische Auseinandersetzung und zeigt die Alternativen auf: Mit unserem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und unserem Regierungsprogramm.

Name:
Rolf Kramer

Geboren:
9. Dez. 1949

Familienstand:
Verheiratet,
2 Töchter

SPD-Karriere:
1999-2009
Vorsitzender der
SPD im Landkreis
Diepholz
Mitglied des Bundestages seit 2002

Unser Ziel ist Wohlstand für alle, auf hohem Niveau, dauerhaft. Wir sind sicher: Eine wirkliche soziale Marktwirtschaft mit Regeln für die Finanzmärkte, gute und gerecht entlohnte Arbeit, faire Bildungschancen für alle, starke Familien, eine ökologische Modernisierung des Landes, eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau – das ist möglich und dafür trete ich hier vor Ort und in Berlin ein.

Die SPD steht für einen zukunftsfähigen Sozialstaat. Andere werden Arbeitnehmerrechte schleifen. Sie werden aus dem solidarisch finanzierten System der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung aussteigen. Nicht Menschen für Menschen und Generationen für Generationen, sondern jeder für sich, heißt es dann. Sie werden nach der Krise einfach wie vor der Krise weitermachen, statt für eine wirklich soziale Marktwirtschaft, auch international, zu streiten.

Die Union zeigt die bekannte Arroganz: Sie glauben die Bundestagswahl bereits gewonnen und verteilen schon wieder Posten und Ämter. Entscheiden werden dies die Wählerinnen und Wähler und nicht Unionspolitiker und Frau Merkel.

Am 27. September stehen zwei Richtungen zur Wahl. Unser sozialer und demokratischer Weg oder der schwarz-gelbe Irrweg.

Ich stehe hinter den Zielen der SPD und habe mich seit meiner ersten Wahl in den Bundestag in diesem Sinne für unsere Region in Berlin eingesetzt. Bitte gehen Sie am 27. September zur Wahl und geben Sie mir erneut Ihr Vertrauen.

Ihr Bundestagsabgeordneter

Rolf Kramer
Rolf Kramer

ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

SPD

Du hast die Wahl... mit Konsequenzen!

SPD	CDU	FDP
Einführung gesetzlicher Mindestlohn nicht unter 7,50 €	Gegen Einführung von Mindestlohn	Gegen Einführung von Mindestlohn
Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte	„Sozial ist, was Arbeit schafft“ -> Was soll das bedeuten?	Allgemein verbindliche Tarifverträge verhindern - Geringerer Lohn und längere Arbeitszeit ermöglichen ohne Zustimmung des Betriebsrates
Kündigungsschutz und Mitbestimmung - Einführung Arbeitnehmerschutzgesetz - Gerechte Löhne und Einkommen	Keine klare Aussage	Kündigungsschutz stark beschneiden - Abfindung statt Kündigungsschutz
Bürgerversicherung - Gleiche Gesundheitschancen für alle Menschen. - Alle Einkommen tragen zur Finanzierung der Gesundheitsfragen bei. - Einbeziehung der privaten Krankenversicherung.	Ablehnung einer staatlichen Einheitsversicherung - Bekenntnis zur privaten Krankenversicherung	Privatisierte Krankenversicherung - Am Anfang seines Arbeitslebens muss der Versicherungsnehmer entscheiden, was er zu seiner Grundversicherung hinzu versichern, sprich selber bezahlen möchte. Wer aber kennt sein Gesundheitsrisiko von Anfang bis Ende seines Lebens?

Am 27. September SPD wählen

Atomkraft - Die Lösung ohne Zukunft

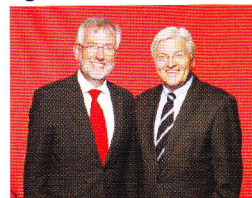
Seit fast 20 Jahren kommen die „Kinder von Tschernobyl“ nach Diepholz.

Nach der Atomkatastrophe in der Ukraine war die Atomlobby lange in der Defensive. SPD und Grüne vereinbarten mit der Kernindustrie den Ausstieg. Jetzt soll der Ausstieg umgedreht werden. Seit Monaten tauchen

vermehrt Behauptungen auf, die die Realität verdrehen oder auf den Kopf stellen. Sollte uns die Kernkraft vor Jahren noch eine Versorgung unabhängig vom Öl sichern, gilt sie CDU und FDP inzwischen gar als Schlüssel zur Bewältigung der Klimakatastrophe. Richtig ist, dass AKW während des Betriebs kein CO2 ausstoßen. Aus ihren Kühltürmen kommen stattdessen Krypton und Argon – zwei der schlimm-

sten Klimakiller. Trotzdem ist auch die CO2-Bilanz eines Atomkraftwerks nicht wesentlich besser als die eines Gas-Blockheizkraftwerks, was an der enormen Menge einzusetzender Energie liegt, bis ein AKW ans Netz gehen kann: Uranabbau, Herstellung der Brennstäbe und Bau der aufwändigen Anlagen setzen CO2 frei. Mit dem Wissen um die Schrecken von Tschernobyl und die jüngsten Störfälle in Europa, vor

dem Hintergrund der ungelösten Frage der Atomkraftlagerung, der menschlichen Verachtungen der Arbeitsbedingungen im Uranbergbau und der zur Neige gehenden Vorkommen an Uran, können nur Zyniker die Atomkraft als „Ökologische Energie“ bezeichnen. Der Ausstieg ist notwendig und möglich.



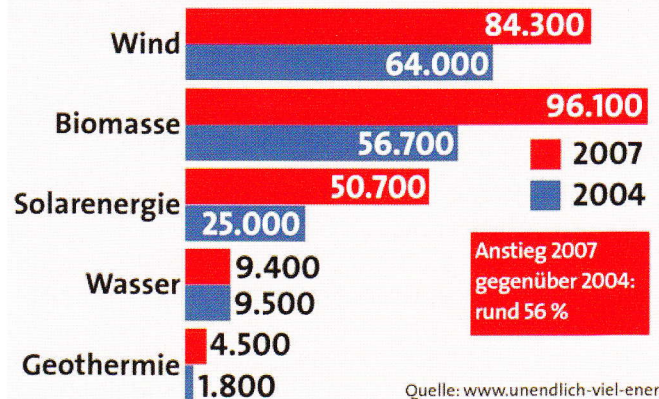
Neue Arbeitsplätze in der Zukunft

Die mittelständische Wirtschaft ist eine starke Stütze für unseren Wohlstand. Hier entstehen die Jobs. Hier sind die Menschen zuhause, die in der ganzen Welt für den guten Ruf von „Made in Germany“ stehen.

Wir Sozialdemokraten wollen die Betriebe unterstützen, dass sie einen besseren Zugang zu Wissen und Kapital bekommen und mit weniger papierlastigen Verfahren zu tun haben. Für Existenz-

gründerinnen und Existenzgründer sollen flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops geschaffen werden. Diese sollen ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote entwickeln und umsetzen. Das Handwerk ist eine zentrale Säule unserer Wirtschaft. Seit Anfang 2009 gelten noch bessere Möglichkeiten für private Haushalte, Handwerkerleistungen steuerlich abzusetzen.

Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-Branche



**Erststimme:
Rolf Kramer**



Löhne, von denen man leben kann

Angela Merkel sagt, die Wirtschaftskrise sei entstanden, weil „wir über unsere Verhältnisse gelebt haben“. Man fragt sich, wen die CDU-Vorsitzende denn mit „wir“ meint. Die alleinerziehende Verkäuferin, den Leiharbeiter in der Automobilindustrie oder die „Aufstocker“, die trotz Voll-

zeitarbeit auf Sozialleistungen angewiesen sind? Niemand, der Vollzeit arbeitet, darf gleichzeitig auf Stütze vom Staat angewiesen sein müssen.

Es darf nicht sein, dass ein Vater oder eine Mutter den ganzen Tag gearbeitet hat, abends nach Hause kommt und trotzdem nicht genug verdient hat, um die

Familie über Wasser zu halten. 4,50 Euro ist ein Hungerlohn. 2,73 Euro ein Skandal.

Darum haben wir in der Regierung erfolgreich um Mindestlöhne in einzelnen Branchen gekämpft. Wir wollen, dass es in ganz Deutschland einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. 7,50 Euro wären ein guter An-

fang. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit im Unternehmen muss daher gelten:

Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit. CDU/CSU /FDP wollen das nicht.



Familienfest am 22. August 09 war der Knaller!

Mehr als 150 Gäste ließen es sich gut gehen: am Samstag den 22.08.2009 fand das Familienfest der SPD in, am und auf dem Minigolfplatz in Diepholz statt.

Es wurde Kindern und Eltern einiges geboten: Kletterwand, Minigolf, Fußball, Rumpelbahn und einiges mehr. Kaffee, Kuchen und Bratwürste sowie kalte Getränke rundeten das Bild ab. Das Wetter spielte sehr gut mit,

so dass der Platz gut besucht war. Die amerikanische Versteigerung fand großen Anklang, der Erlös kommt einer sozialen Einrichtung in Diepholz zu Gute: dem Frauen- und Kinderschutzhaus.

Insgesamt war der ganze Nachmittag ein toller Erfolg. Die Gewinnerin der Reise nach Berlin für zwei Personen ist Sabine Hirtler aus Diepholz.

2010 wird diese mittlerweile traditionelle Veranstaltung dann fortgeführt.

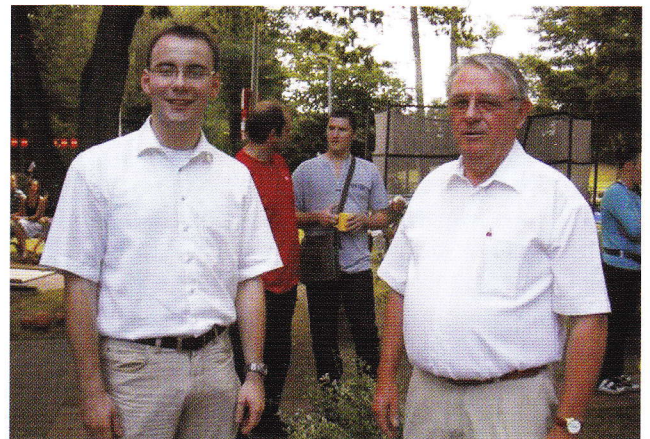
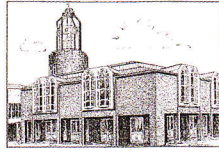


Bild: Ingo Estermann und Manfred Beste - Hauptorganisator des Familienfestes



Merkels „Bildungsrepublik Deutschland“

Frau Merkel beschwört die „Bildungsrepublik Deutschland“ und organisiert Bildungsgipfel. Sie spricht davon, dass wir kein Gold in der Erde haben und deshalb mehr in Bildung und Wissenschaft investieren müssen. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Chaos in der Bildungspolitik wohin man blickt.

Die Mehrheiten von CDU und FDP auf Landesebene und im Diepholzer Kreistag geben einen Vorgeschmack darauf, was es bedeutet, wenn die gesamte Republik schwarz wird. Chaos, griechisch »die Kluft«, ist offenkundig mehr als die Kluft zwischen Sonntagsreden und Wirklichkeit.

Chaos bedeutet im Deutschen nämlich auch „völliges Durcheinander“. Derjenige, der dieses Chaos verantwortet, ist dann ja wohl als Chaot zu bezeichnen.

Wer sich den Schuljahresbeginn 2009 im Diepholzer Schulzentrum, die Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer anschaut, kommt unweigerlich zu dem Ergebnis – chaotisch. Ganztagschulbetrieb ohne Mensa, überfüllte Klassen, Bauzäune und Maschinen allerorten. Während die SPD für einen Neubausprache setzen CDU und FDP die Sanierung durch. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Die Folgen müssen Schüler und Lehrer erdulden.

Während Tausende von Lehrern fehlen, beschließen CDU und FDP in Hannover Studiengebühren. Die Löcher an den Gymnasien werden auf Kosten der Grundschulen gestopft. Die vollen Halbtagsgrundschulen in Diepholz werden abgeschafft. Der Vorbereitungsdienst für Lehramtsanwärter wird verkürzt, damit diese

schneller an die Schule kommen. Die Zerschlagung der Orientierungsstufe und das Turboabitur feiern die Chaoten als Fortschritt und Bildungsreform. CDU und FDP feiern außerdem das Ende der Kuschelpädagogik als Triumph. Sie übersehen dabei allerdings, dass sie den unerbittlichen Konkurrenzkampf um Bildungs- und Lebenschancen damit sogar schon in die Grundschulen hineingetragen haben. Die ersten Jahre

des Gymnasiums oder der Realschule werden zum gnadenlosen Selektionsprozess. Die Hauptschule verkommt zur Restschule. Ganze Abschlussklassen stehen nach der Schule ohne Ausbildungsplatz da. Die chaotische Bildungspolitik von CDU und FDP bedeutet die Zerstörung der Kindheit für allzu viele Kinder. Armes Deutschland, bist wohl doch keine „Bildungsrepublik“.



Bild: Baustelle GFS - Von der Teilsanierung zum Komplettneubau?

Prekäre Beschäftigung - Herausforderung für die Gesellschaft

Stundenlöhne von unter 5 Euro, vielfache Befristungen, die Anzahl prekärer (unsicherer) Beschäftigungen nimmt immer mehr zu. Der SPD-Ortsverein Diepholz, der ver.di Ortsverein Diepholz und die IG-Metall Nienburg-Stadthagen organisierten mit dem Gewerkschaftssekretär

Tom Seibert eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung, bei der mögliche Lösungen diskutiert wurden. Einhellige Meinungen: Wie andere 20 EU-Staaten auch benötigt Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn! Unter den Gästen der Veranstaltung war auch der heimische Bundestagsabgeordnete Rolf Kramer, der von seinen Plänen berichtete, genau

diese Forderungen in einer SPD-geführten Bundesregierung endlich umzusetzen. Im Anschluss an die Veranstaltung hatten alle Besucher die Möglichkeit, ihre "Stimme für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns" in eine Stimmzettelbox abzugeben.



**Impressum:
Herausgeber SPD**

**SPD Ortsverein Diepholz
Ingo Estermann (Vorsitzender)
V.i.S.d.P.G.
Barlager Weg 50c
Telefon: 05441 / 50 88 36
Mobil: 0163 / 243 82 86**

**Gestaltung:
Kai Syrnik**